



RWB Special Market GmbH & Co. Germany III geschlossene Investment-KG i. L.

Oberhaching

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2019

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

Grundlagen der Gesellschaft

Die Gesellschaft ist eine Publikumsinvestmentkommanditgesellschaft im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuchs (KAGB). Zweck der Gesellschaft ist die Anlage und Verwaltung ihrer Mittel nach einer festen Anlagestrategie zur gemeinschaftlichen Kapitalanlage zum Nutzen der Anleger nach Maßgabe der §§ 261 bis 272 KAGB.

Die Berichtsgesellschaft hat potenziellen Anlegern Kommanditbeteiligungen zur Zeichnung angeboten. Der Platzierungsbeginn erfolgte zum 01.12.2011, die Schließung zum 30.11.2013. Die Gesellschaft verfügt über Einzahlungen auf bestehende Kommanditeinlagen in Höhe von insgesamt TEUR 6.025 (Vj. TEUR 6.023). In Anwendung der Definition im Gesellschaftsvertrag der RWB Special Market GmbH & Co. Germany III geschlossene Investment-KG i. L. gilt ein eingezahlter und gewinnbezugsberechtigter Euro als ein Anteil, woraus sich zum Bilanzstichtag 6.025.487 (Vj. 6.023.387) umlaufende Anteile ergeben. Mit Ablauf des Geschäftsjahres 2018 trat die Gesellschaft plangemäß in Liquidation. Bestehende Zahlungsverpflichtungen aus der Zeichnung von Zielfonds werden noch bedient, neue Investitionen werden nicht mehr eingegangen.

Die Gesellschaft ist ein Alternativer Investmentfonds (AIF), der von der externen Kapitalverwaltungsgesellschaft (KVG) RWB PrivateCapital Emissionshaus AG verwaltet wird, auf den die Vorschriften des KAGB einschließlich der dazu ergangenen unionsrechtlichen Verordnungen anzuwenden sind. Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter und unterhält keine Zweigniederlassungen.

Bei der Gesellschaft bestehen keine Teilgesellschaftsvermögen.

Anlageziel des AIF ist die Investition in ein diversifiziertes Portfolio aus Private Equity Zielfondsbeteiligungen mit Investitionsfokus Deutschland, die ihrerseits direkt oder indirekt in Zielunternehmen investieren. Schwerpunkt sollen Zielfonds sein, die zum Investitionszeitpunkt ihren Sitz innerhalb des Geltungsbereiches der AIFM-Richtlinie haben und die ihrerseits die Anlagestrategien Buyout und/oder Growth verfolgen. Insbesondere bis zur Vornahme der Investitionen und Kapitalabrufe durch die Zielfonds kann ein Anteil von bis zu 100 % des zur Verfügung stehenden Kommanditkapitals in Vermögensgegenstände nach Maßgabe der §§ 193 bis 195 KAGB zu Zwecken der verzinslichen Liquiditätsanlage gehalten werden. Ein Anteil von maximal bis zu 10 % des Wertes des AIF kann in Derivate mit dem Zweck der Absicherung gegen Wertverluste der von dem AIF gehaltenen Vermögensgegenstände getätigt werden. Falls erforderlich, ist eine Kreditaufnahme für Rechnung des Investmentvermögens zu marktüblichen Bedingungen maximal bis zu einer Grenze in Höhe von 25 % des Verkehrswertes der im AIF befindlichen Vermögensgegenstände möglich.

Die Anlagepolitik des AIF ist insbesondere durch die Investitionstätigkeit als Private Equity Dachfonds sowie durch einen definierten Investitionsprozess in Ansehung der Zielfondsbeteiligungen geprägt. Als Anlageziel des AIF sollen im Rahmen eines mehrstufigen und strukturierten Due Diligence Prozesses solche Zielfondsbeteiligungen für das Portfolio des AIF ausgewählt werden, die ein überdurchschnittliches Renditepotential innerhalb der Anlageklasse Private Equity besitzen. Vor der Investition in einen Zielfonds wird für diesen nach definierten Kriterien, wie z. B. der Erfahrung des Managementteams des Zielfonds, ein Stärken-/ Schwächen-Profil erstellt, welches Basis der Investitionsentscheidung des Portfoliomanagements der KVG ist. Zur Erreichung einer innerhalb der Anlageklasse vergleichsweise hohen Anlagesicherheit erfolgen die Investitionen der Gesellschaft nach einem Dachfondskonzept und unter Beachtung von detaillierten Allokationsvorgaben, welche eine Mindestdiversifikation und damit einhergehende Risikostreuung sicherstellen sollen.

Wirtschaftsbericht

Makroökonomisches Umfeld

Im Geschäftsjahr 2019 verlief die wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern, die für die bestehenden Investitionen der Berichtsgesellschaft bedeutend sind, erneut positiv. Insbesondere die deutsche Wirtschaft ist das zehnte Jahr in Folge, gegenüber dem Vorjahr jedoch deutlich abgeschwächt, gewachsen. Dies ist die längste zusammenhängende Wachstumsphase in Deutschland seit der Wiedervereinigung. So konnten die staatlichen Haushalte wiederum einen Einnahmenüberschuss verzeichnen, dessen Höhe nahezu an das Rekordergebnis im Jahr 2018 heranreicht. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg abermals und erreichte einen neuen Höchstwert. Die Wirtschaft Europas ist im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr zwar erneut langsamer gewachsen, jedoch ging auch das verringerte Wachstum mit einer weiter sinkenden Arbeitslosigkeit einher.

Vermögenslage / Investitionen

Das Vermögen der Gesellschaft besteht im Wesentlichen aus den Beteiligungen an Private Equity Zielfonds, deren Marktwert zum Bilanzstichtag TEUR 4.964 (Vj. TEUR 4.135) beträgt, sowie Barmitteln und Barmitteläquivalenten in Form einer auf Bankkonten gehaltenen Liquiditätsreserve der Gesellschaft in Höhe von insgesamt TEUR 1.759 (Vj. TEUR 1.525). Der Zuwachs der Beteiligungen resultiert maßgeblich aus Wertsteigerungen sowie den Kapitalabrufen der Zielfonds. Die zum Abschlussstichtag des vorangegangenen Geschäftsjahres



gehaltenen Wertpapiereder verzinslichen Liquiditätsanlage in Höhe von TEUR 1.147 wurden mit dem Beginn der plangemäßen Liquidation der Beteiligungen der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2019 vollständig veräußert. Der hieraus ceteris paribus resultierenden Erhöhung der Liquiditätsbestände standen bereits erste Auszahlungen im Rahmen der plangemäßen Liquidation der Gesellschaft an die Anleger gegenüber, wodurch in Gesamtbetrachtung ein nur leichter Anstieg der Barmittel und Barmitteläquivalente sichtbar wird.

Verbindlichkeiten bestehen in Höhe von insgesamt TEUR 127 (Vj. TEUR 17). Diese bestehen in Höhe von TEUR 123 (Vj. TEUR 0) gegenüber Anlegern, welche ihre anteiligen Entnahmezahlungen im Rahmen der plangemäßen Liquidation noch nicht angenommen haben.

Um die notwendige Risikostreuung bei Investitionen in den vornehmlichen Zielmarkt Deutschland sicherzustellen, tätigte die Gesellschaft ausschließlich Investitionen nach einem Dachfondskonzept. Zum Bilanzstichtag war sie an insgesamt vier Zielfonds (Vj. vier) beteiligt.

Über die gesamte Laufzeit hat die Gesellschaft bis zum Bilanzstichtag 31.12.2019 TEUR 7.272 (Vj. TEUR 7.272) an verbindlichen Investitionszusagen (Commitments) gegenüber Zielfonds abgegeben, welche ihrerseits sämtlich die Anlagestrategie Buyout/Growth verfolgen.

Von diesen Commitments wurden durch die Zielfonds im Geschäftsjahr TEUR 555 (Vj. TEUR 798) abgerufen. Von den Zielfonds flossen im Geschäftsjahr TEUR 638 (Vj. TEUR 1.748) zurück.

Bei der Gesellschaft bestehen keine Haftungsverhältnisse. Sonstige finanzielle Verpflichtungen aus noch nicht eingeforderten Einlagen der Zielfonds sowie mögliche sonstige finanzielle Verpflichtungen im Zusammenhang mit den bis zum Bilanzstichtag erhaltenen Rückflüssen der Zielfonds, für welche die Möglichkeit besteht, dass Teilbeträge hiervon wieder eingefordert werden (sog. Recallables), bestehen in Höhe von TEUR 1.597 (Vj. TEUR 1.768).

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2019 sind die wesentlichen Erträge der Gesellschaft solche aus Veräußerungen (TEUR 272; Vj. TEUR 1.038) sowie aus Erträgen aus Beteiligungen (TEUR 22; Vj. TEUR 36).

Verwaltungsvergütungen fielen in Höhe von TEUR 124 (Vj. TEUR 125) an. Diese umfassen laufende Kosten für die Verwaltung des AIF sowie an die Vertriebsgesellschaft zu leistende Vergütungen. Andere Aufwendungen beliefen sich auf TEUR 112 (Vj. TEUR 59).

Das realisierte Ergebnis des Geschäftsjahres und damit die wesentliche Steuerungsgröße bzw. der finanzielle Leistungsindikator beläuft sich auf TEUR 59 (Vj. TEUR 903). Damit wurde die letztjährige Erwartung der Liquidatorin eines in etwa auf Vorjahresniveau befindlichen realisierten Ergebnisses deutlich verfehlt. Ursächlich hierfür war vornehmlich der deutliche Rückgang der Erträge aus Veräußerungen, bedingt durch Gewinnrealisationen in den Portfolien der Zielfonds in geringerem Umfang als zuvor erwartet. Überdies wurden keine nicht finanziellen Leistungsindikatoren definiert, da diese auf Ebene des AIF keine wesentliche Steuerungsrelevanz entfalten.

Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2019 zeigten die Rückflüsse aus Zielfondsinvestitionen gegenüber den Abrufen weiterhin einen Überhang. Hierbei war die absolute Ausprägung beider Größen gegenüber dem Vorjahr verringert, deutete aber auf ein weiter relevantes Aktivitätsniveau auf Ebene der Zielfonds hin und spiegelt insgesamt die begonnene plangemäße Liquidation der Beteiligungen der Gesellschaft wider. Unter Beachtung der noch bestehenden Zahlungsverpflichtungen der Gesellschaft, erfolgten im Geschäftsjahr Entnahmen im Rahmen der plangemäßen Liquidation in Höhe von TEUR 902 (Vj. TEUR 0). Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtszeitraum dennoch stets sichergestellt.

Wert und Wertentwicklung

Zum Berichtsstichtag 31.12.2019 zeigt der rechnerische Gesamtwert (Nettoinventarwert zuzüglich Entnahmen) je Anteil einen deutlich sichtbaren Anstieg (siehe Anhang zum Jahresabschluss in Abschnitt 3). Bedingt durch die im Geschäftsjahr erfolgten Auszahlungen an die Anleger, zeigt der Nettoinventarwert je Anteil einen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Mit fortschreitender Portfolioreife ist von weiteren Wertsteigerungen der Beteiligungen und Veräußerungsgewinnen sowie den resultierenden positiven Effekten auf die Wertentwicklung auszugehen.

Fazit

In Anbetracht der aktuellen Phase in ihrem Lebenszyklus verlief die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtszeitraum insgesamt normal. Das realisierte Ergebnis des Geschäftsjahres lag jedoch, bedingt durch geringere Gewinnrealisationen in den Portfolien der Zielfonds, unter den Erwartungen des Vorjahres, während das die Zeitwertänderung umfassende Ergebnis des Geschäftsjahres einen deutlichen Anstieg verzeichnete.

Bericht zur Kapitalverwaltungsgesellschaft

Die RWB PrivateCapital Emissionshaus AG wurde mit Wirkung zum 01.07.2014 formal zur externen Kapitalverwaltungsgesellschaft bestellt. Die hiermit verbundenen Aufgaben hatte sie bereits zuvor auf Basis von Geschäftsbesorgungsverträgen übernommen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat der RWB PrivateCapital Emissionshaus AG diese Tätigkeit mit Schreiben vom 29.10.2014 genehmigt.

Der Verwaltungsvertrag mit der KVG ist bezüglich seiner wesentlichen Merkmale für die Laufzeit und Liquidationsdauer des AIF auf unbestimmte Zeit fest abgeschlossen. Der Verwaltungsvertrag kann nur aus wichtigem Grund unter Einhaltung einer Mindestkündigungsfrist von sechs Monaten gekündigt werden. Der Verwaltungsvertrag regelt in seinem Umfang insbesondere das Risiko- und Portfoliomanagement des AIF sowie weitere Verwaltungstätigkeiten, wie die Fondsbuchhaltung und die Anlegerverwaltung, durch die KVG. Im Berichtszeitraum lagen bezüglich dieser genannten Funktionsbereiche keine formalen Auslagerungen im Sinne des § 36 KAGB vor. Lediglich die Funktionsbereiche der Innenrevision, Compliance, Kundenbetreuung und Investment Controlling waren über das gesamte Geschäftsjahr hinweg auf zentral tätig werdende Einheiten der RWB-Unternehmensgruppe ausgelagert. Die Haftung der KVG ist – soweit gesetzlich zulässig – vertraglich beschränkt. Insbesondere haftet die KVG nicht für einen bestimmten Anlageerfolg des AIF. Bei der Umsetzung der Anlageverwaltung hat die KVG die Vorgaben der Anlagebedingungen und des Gesellschaftsvertrags zu beachten.

Die von der KVG abrechenbaren Gebühren ergeben sich aus den Anlagebedingungen des AIF. Die KVG erhält für die Verwaltung des AIF eine jährliche Vergütung bis zur Höhe von 1,30 % p.a. (inkl. gesetzlicher USt) des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des AIF eines Jahres.

Die KVG hat im Geschäftsjahr an ihre Mitarbeiter, einschließlich der Vorstandsmitglieder, fixe Vergütungen in Höhe von TEUR 3.192 und Weihnachtsgeld in Höhe von TEUR 179 gezahlt. An Führungskräfte und Mitarbeiter, deren berufliche Tätigkeit sich wesentlich auf das Risikoprofil des inländischen AIF ausgewirkt hat, wurden insgesamt Vergütungen in Höhe von TEUR 2.432 gezahlt. Der Personalbestand (ohne Vorstand) der KVG belief sich dabei im Jahresdurchschnitt des Geschäftsjahres auf 39.



Chancen und Risiken

Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft beteiligte sich entsprechend ihrer Allokationsstrategie insbesondere an Private Equity Zielfonds mit Investitionsfokus Deutschland. Dabei lag ein Schwerpunkt auf Investitionen in spezialisierte Zielfonds mit Sitz innerhalb des Geltungsbereiches der AIFM-Richtlinie und verfolgten Anlagestrategien wie z. B. Buyout und/oder Growth.

Durch auf Frühphasenfinanzierungen (Venture Capital) spezialisierte Zielfonds kann die Gesellschaft auch an Unternehmen beteiligt sein, die erst relativ kurze Zeit bestehen oder in ihrem Geschäftsfeld noch über wenig operative Erfahrungen verfügen. Die Prognose der zukünftigen Geschäftsentwicklung dieser Unternehmen ist daher prinzipiell mit größeren Unsicherheiten behaftet als bei anderen Unternehmensbeteiligungen wie bspw. bei Buyout-Transaktionen. Dem generell erhöhten Performancerisiko eines frühphasenorientierten Zielfonds steht jedoch eine entsprechend größere Wertsteigerungschance gegenüber.

Investitionen in Zielfonds, welche dem Finanzierungsanlass Buyout zuzuordnen sind, stellen grundsätzlich Investitionen in Unternehmen mit einem bereits etablierten Geschäftsmodell dar. Die Prognose der zukünftigen Geschäftsentwicklung dieser Unternehmen ist daher mit geringeren Unsicherheiten behaftet, obwohl auch hier im Einzelfall Wertminderungen bis zum Totalverlust eintreten können.

Eventuelle Wertminderungen einzelner Unternehmen können jedoch durch Wertsteigerungen anderer Investitionen auf Ebene der Zielfonds zumindest ausgeglichen werden. Um eine Risikoreduktion in Bezug auf die Auswirkung des Ausfalls einzelner Zielunternehmen auf den Gesamtfonds zu erreichen, nimmt die Gesellschaft ihre Investitionen nach einem Dachfondskonzept vor und betreibt eine Diversifikation der Investitionen nach verschiedenen Streuungskriterien.

Bei der Durchführung des Risiko- und Liquiditätsrisikomanagements für die Gesellschaft wird ein Bearbeitungs- und Controlling-System eingesetzt, das auch bei der Verwaltung anderer Zweckgesellschaften und AIF durch die RWB PrivateCapital Emissionshaus AG bereits im Einsatz ist. Zur Ermittlung von Liquiditätsrisiken wird durch die Gesellschaft im Rahmen einer kurz- bis mittelfristigen Finanzplanung die Soll-Liquidität mit der Ist-Liquidität verglichen und diese den voraussichtlichen Zahlungsverpflichtungen und Zahlungszeitpunkten gegenübergestellt. Zur Ermittlung der Soll-Liquidität werden eigene sowie allgemein verfügbare Erfahrungswerte über Kapitalabrufe und -rückflüsse zu Grunde gelegt und laufend überwacht. In diesem Zusammenhang werden, soweit notwendig, Maßnahmen zur Vermeidung einer möglichen Liquiditätslücke ergriffen.

Chancen

Die wesentlichen Chancen der Gesellschaft, die sich aus einem Investment in der Anlageklasse Private Equity ergeben, bestehen in einem hohen Renditepotenzial und einer innerhalb der Assetklasse vergleichsweise hohen Anlagesicherheit aufgrund der Konstruktion als Dachfonds und der damit einhergehenden Diversifikation. Aus Sicht der Gesellschaft ist zum Beurteilungszeitpunkt keine Neueinschätzung dieser Chancen geboten, da Unternehmensbeteiligungen auch und gerade über Krisenzeiten hinweg langfristig die höchsten Renditen aller Kapitalanlagemöglichkeiten, bei gleichzeitig vergleichsweise geringer Volatilität, erzielt haben.

Risiken

Die nachfolgende Darstellung von Risiken erfolgt – wo sinnvoll möglich – zunächst vor Risikobegrenzungsmaßnahmen und beschreibt anschließend eben diese. Die Risiken sind gegliedert nach erwarteter Signifikanz bei Risikoeintritt nach Risikobegrenzungsmaßnahmen. Für den AIF waren im Berichtszeitraum die nachfolgend beschriebenen Risiken wesentlich:

Liquiditätsrisiken

Die nachfolgend genannten Risiken münden in dem für den AIF letztlich zentralen Liquiditätsrisiko. Die Liquiditätsrisikosituation wird durch die KVG, unter anderem im Rahmen von regelmäßig durchgeführten Stresstests, fortlaufend überwacht. Das Risiko des AIF, seinen fälligen Zahlungsverpflichtungen nicht termingerecht nachkommen zu können, ist derzeit als gering einzustufen.

Wertschwankungen (Marktpreisrisiken)

Die Berichtsgesellschaft stellt den jeweiligen Zielfonds Kapital zur Verfügung, welches diese wiederum in Zielunternehmen investieren. Die Zielunternehmen operieren ihrerseits unter Einsatz der erhaltenen finanziellen Mittel entsprechend ihrem jeweiligen Unternehmenszweck. Die Berichtsgesellschaft, die Zielfonds und die Anleger tragen somit die allgemeinen wirtschaftlichen Risiken der Zielunternehmen, wie zum Beispiel das Auftreten von Wirtschaftskrisen oder Fehleinschätzungen des Managements. Eingetretene Risiken auf Zielunternehmensebene beeinflussen deren Marktwert und können bis zur Insolvenz eines Zielunternehmens führen, wodurch letztlich auch ein Totalverlust des von den Anlegern investierten Kapitals entstehen kann. Insbesondere die weltweite Verbreitung des neuartigen Coronavirus seit Beginn des Jahres 2020 sowie die von Bund und Ländern zur Bekämpfung dieser Epidemie getroffenen Maßnahmen (Kontakt- und Ausgangsverbote bzw. -beschränkungen) können sich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Zielunternehmen auswirken.

Die regelmäßig berichteten Unternehmenswerte fußen auf Stichtagsbewertungen. Aus diesen Bewertungen resultieren für den AIF jedoch zunächst lediglich unrealisierte Gewinne oder Verluste zu einem bestimmten Zeitpunkt, die keinerlei unmittelbaren Einfluss auf dessen aktuelle Liquiditätsrisikosituation entfalten. Dennoch besteht insbesondere auf Grund der aktuellen Corona-Pandemie die Gefahr einer verzögerten Rückflussentwicklung durch eine Erhöhung von Liquiditätsreserven auf Zielfondsebene sowie erst später möglichen Unternehmensverkäufen. Ebenso könnten die erzielbaren Veräußerungserlöse für die Zielunternehmen negativ beeinträchtigt werden. Diese Effekte wiederum könnten dann jedoch mittelbar negative Auswirkungen auf die zukünftige Liquiditätsrisikosituation des AIF entfalten.

Durch die Sicherstellung einer ausreichend breiten Streuung wie beispielsweise über Finanzierungsanlässe und Vintagejahre versucht das Risikomanagement die eingangs beschriebenen Risiken in ihrer Wirkung abzumildern und trägt zur aktiven Vermeidung sogenannter Klumpenrisiken bei.

Gegenparteirisiken



Über die Laufzeit des AIF besteht ein wesentliches Gegenparteirisiko durch die Gefahr des Ausbleibens von zugesagten Ratenzahlungen der Anleger. Nach der Konzeption des AIF konnten sich Anleger sowohl mit Einmal- wie auch mit Ratenanlagen beteiligen. Hieraus erwächst das Risiko, dass Anleger ihre vertraglich zugesagten Raten nicht weiter bedienen (z. B. wegen Krankheit, beruflicher Situation, Todesfällen).

Die KVG beachtet diesen Risikofaktor bereits in den Planungsannahmen für weitere Investitionszusagen und hat überdies einen Prozess entwickelt, um ausstehende Raten einzufordern.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken erwachsen für den AIF aus der Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen eintreten. Risiken können hierbei unmittelbar auf Ebene des AIF oder mittelbar auf Ebene der KVG entstehen.

Für beide Fälle hat das Risikomanagement Vorkehrungen getroffen. So wurden beispielsweise die aus Sicht der Liquidatorin wesentlichen Risiken (Kernrisiken), für die auf Grund ihrer Signifikanz eine fortlaufende Überwachung und Steuerung unabdingbar ist, auf beiden Ebenen identifiziert und in Risikokatalogen abgebildet. Weiterhin wurden ein Organisationshandbuch sowie zugehörige Abteilungshandbücher erarbeitet, in denen Präventionsstrategien und Eskalationsstrategien kodifiziert sind, um den Eintritt von Risiken weitgehend vermeiden bzw. eingetretene Risiken sicher beherrschen zu können.

Fazit

Zum Berichtszeitpunkt sind der Liquidatorin neben den potentiellen negativen Entwicklungen aus der Corona-Pandemie keine Tatsachen bekannt, die für die Zukunft eine überdurchschnittliche Eintrittswahrscheinlichkeit einzelner, sich aus der laufenden Marktbeobachtung durch die Berichtsgesellschaft ergebender, systemimmanenter Risiken auf Ebene von Private Equity Zielfonds erwarten lassen. Änderungen der steuerlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen können den künftigen Erfolg der Gesellschaft jedoch grundsätzlich beeinflussen. Der akute Eintritt bestandsgefährdender Risiken war zum Berichtszeitpunkt nicht erkennbar.

Prognosebericht

Die Gesellschaft befindet sich seit Ablauf des 31.12.2018 in Liquidation. Sie darf keine neuen Zielfondszeichnungen mehr vornehmen. Rückflüsse müssen, vorbehaltlich noch bestehender Verpflichtungen der Gesellschaft, maßgeblich resultierend aus noch nicht eingeforderten Einlagen der Zielfonds oder Recallables, an die Anleger ausgeschüttet werden.

Konzeptionsgemäß sind in der Liquidationsphase Gewinnrealisierungen in größerem Umfang zu erwarten. Mit einer Ausnahme haben zum 31.12.2019 alle Zielfonds das Ende ihrer jeweiligen Investitionsperiode erreicht. Somit ist zu erwarten, dass es weiter vermehrt zu Veräußerungen der Zielunternehmen kommt. Für das laufende Geschäftsjahr geht die Liquidatorin wieder von einem positiven realisierten Ergebnis aus, dass deutlich über dem Niveau des Geschäftsjahres liegen sollte. Zudem ist im laufenden Geschäftsjahr mit weiteren Auszahlungen im Rahmen der plangemäßen Liquidation der Gesellschaft an die Anleger zu rechnen, die sich aus vorhandener freier Liquidität sowie den zu erwartenden Rückflüssen der Zielfonds an die Gesellschaft speisen werden. Diese Einschätzung erfolgt jedoch unter dem Vorbehalt zukünftiger negativer Entwicklungen und Maßnahmen von Bund und Ländern im Rahmen der Corona-Pandemie. Hieraus resultierende Bewertungsrückgänge der Zielfondsportfolien sowie verzögerte oder sinkende Gewinnrealisierungen könnten indirekt zu einem unerwarteten, geringeren Anstieg des realisierten Ergebnisses oder einer Verzögerung von Auszahlungen an die Anleger führen.

Oberhaching, den 27. Mai 2020

gez. Horst Güdel

gez. Norman Lemke

für die persönlich haftende Gesellschafterin und Liquidatorin RWB PrivateCapital Verwaltungs GmbH

Bilanz

A. Aktiva

	31.12.2019	31.12.2018
I. Beteiligungen	4.963.805,13	4.134.789,16
II. Wertpapiere	0,00	1.146.528,10
III. Barmittel und Barmitteläquivalente		
Täglich verfügbare Bankguthaben	1.758.658,58	1.524.658,42



	31.12.2019	31.12.2018
IV. Forderungen		
Andere Forderungen	39.564,00	5.580,74
davon Forderungen an Gesellschafter EUR 0,00 / Vj: 5.580,74		
V. Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	15.000,00
Summe Aktiva	6.762.027,71	6.826.556,42
B. Passiva		
	31.12.2019	31.12.2018
I. Rückstellungen	166.542,63	161.199,27
II. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	4.047,98	5.118,67
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 4.047,98 / Vj: 5.118,67		
III. Sonstige Verbindlichkeiten		
Andere	123.173,62	12.353,88
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 123.173,62 / Vj: 12.353,88		
IV. Eigenkapital		
1. RWB PrivateCapital Emissionshaus AG	5.015,97	5.008,73
2. DMK Mittelstandskontor Beteiligungstreuhand GmbH	501,60	500,89
3. Treugeberkommanditisten	6.472.929,53	7.342.538,22
4. Nicht realisierte Gewinne/Verluste aus der Neubewertung	689.979,62	-917.342,83
5. Gewinnvortrag/Verlustvortrag nicht realisiert	-700.163,24	217.179,59
Summe Passiva	6.762.027,71	6.826.556,42

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2019	31.12.2018
I. Erträge		
1. Erträge aus Beteiligungen	21.502,33	35.979,18
2. Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	7.143,61
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.271,74	5.310,39
Summe der Erträge	22.774,07	48.433,18
II. Aufwendungen		
1. Verwaltungsvergütung	-123.559,43	-124.928,53



	31.12.2019	31.12.2018
2. Verwahrstellenvergütung	-8.211,00	-8.211,00
3. Prüfungs- und Veröffentlichungskosten	-15.980,80	-10.656,02
4. Sonstige Aufwendungen	-88.143,48	-40.435,02
Summe der Aufwendungen	-235.894,71	-184.230,57
III. Ordentlicher Nettoertrag	-213.120,64	-135.797,39
IV. Veräußerungsgeschäfte		
Realisierte Gewinne	272.233,07	1.038.420,39
Ergebnis aus Veräußerungsgeschäften	272.233,07	1.038.420,39
V. Realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres	59.112,43	902.623,00
VI. Zeitwertänderung		
1. Erträge aus der Neubewertung	689.979,62	0,00
2. Aufwendungen aus der Neubewertung	0,00	-917.342,83
Summe des nicht realisierten Ergebnisses des Geschäftsjahres	689.979,62	-917.342,83
VII. Ergebnis des Geschäftsjahres	749.092,05	-14.719,83

Anhang für das Geschäftsjahr 2019

Allgemeine Angaben

Die RWB Special Market GmbH & Co. Germany III geschlossene Investment-KG i. L., Oberhaching, ist eine extern verwaltete geschlossene Investmentgesellschaft (AIF) in der Rechtsform einer Kommanditgesellschaft i. S. d. § 1 Abs. 3, 5, 11 und 13 Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB). Sie ist beim Amtsgericht München unter der Nummer HRA 96651 eingetragen. Die Gesellschaft gilt als kleine Kapitalgesellschaft i. S. d. § 264a HGB i. V. m. § 267a Abs. 3 Nr. 1 HGB. Größenabhängige Erleichterungen wurden teilweise in Anspruch genommen. Die Gesellschaft befindet sich seit dem 01.01.2019 in Liquidation.

Der Jahresabschluss ist gemäß § 158 Satz 1 KAGB i. V. m. § 135 KAGB unter Berücksichtigung der Kapitalanlage-Rechnungslegungs- und -Bewertungsverordnung (KARBV) aufgestellt. Soweit sich aus den Vorschriften des KAGB und der KARBV nichts anderes ergibt, sind die Bestimmungen des Dritten Buches des Handelsgesetzbuchs (HGB) anzuwenden.

Die Bilanz ist nach den Bestimmungen des § 135 Abs. 3 KAGB i. V. m. § 21 KARBV in Staffelform aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist gemäß § 135 Abs. 4 KAGB i. V. m. § 22 KARBV gegliedert. Der Anhang ist gemäß § 135 Abs. 5 KAGB i. V. m. § 101 Abs. 1 und 2 KAGB und i. V. m. § 25 KARBV erstellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

2.1 Allgemeines

Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt nach den investmentrechtlichen Grundsätzen der §§ 168 f. KAGB i. V. m. §§ 271 f. KAGB und der §§ 26, 28 und 29 KARBV. Die externe Kapitalverwaltungsgesellschaft (KVG) hat hierfür eine interne Bewertungsrichtlinie erstellt, welche Verfahren für die ordnungsgemäße, transparente und unabhängige Bewertung der Vermögensgegenstände des Investmentvermögens festlegt. Das Verfahren für die laufende Bewertung folgt dem internationalen Branchenstandard der „International Private Equity and Venture Capital Valuation Guidelines“, der als marktübliches Bewertungsmodell i. S. d. § 28 Abs. 1 KARBV angesehen werden kann. Hiernach ist der Nettoinventarwert (NAV) einer eingegangenen Zielfonds Beteiligung der zentrale Anknüpfungspunkt für eine Bewertung im Bereich der Anlageklasse Private Equity Dachfonds. Die KVG hat sich daher bei der Auswahl ihres grundsätzlichen Bewertungsmodells entschieden, eine Methode anzuwenden, in welcher der NAV den Ausgangspunkt der Bewertung darstellt. Hierbei wird im Rahmen der laufenden Bewertung geprüft, ob dieser NAV aufgrund individueller Gegebenheiten, vornehmlich bedingt durch bis zum Zeitpunkt der Bewertung erlangte wertaufhellende Erkenntnisse anzupassen ist.

Die Gesellschaft besitzt kein Investmentbetriebsvermögen i. S. d. § 156 Abs. 1 KAGB.



Barmittel und Barmitteläquivalente sind mit dem Nennwert bilanziert.

Die Forderungen wurden unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips mit ihrem Nennbetrag angesetzt.

Die Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um bestehende und erkennbare Risiken abzudecken.

Die Verbindlichkeiten wurden gemäß § 29 Abs. 3 KARBV mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

2.2 Erläuterungen zur Bilanz

Der Anteil der Vermögensgegenstände, welche gemäß § 300 Abs. 1 Nr. 1 KAGB schwer zu liquidieren sind, beträgt 76,74 % des Werts des AIF.

Die Forderungen haben alle eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Die Rückstellungen stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

	31.12.2019 EUR	31.12.2018 EUR
Rückstellungen für laufende Kosten (KVG, Vertriebsgesellschaft)	121.267,63	130.509,27
Rückstellungen für Gewerbesteuer	32.375,00	17.990,00
Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten	12.900,00	12.700,00
Summe	166.542,63	161.199,27

Sämtliche Rückstellungen hatten am Bilanzstichtag eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr. Eine Abzinsung i. S. d. § 253 Abs. 2 S. 1 HGB erfolgte nicht.

Die Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2019 EUR	31.12.2018 EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.047,98	5.118,67
Verbindlichkeiten gegenüber Anlegern	123.173,62	12.353,88
Summe	127.221,60	17.472,55

Keines der Wirtschaftsgüter ist Gegenstand von Rechten Dritter.

Die Entwicklung der Beteiligungen i. S. d. § 284 Abs. 3 HGB, die Vermögensaufstellung i. S. d. § 101 Abs. 1 S. 3 Nr. 1 KAGB, die Verwendungsrechnung i. S. d. § 24 Abs. 1 KARBV, die Entwicklungsrechnung i. S. d. § 24 Abs. 2 KARBV, der Ausweis der Kapitalkonten i. S. d. § 25 Abs. 4 KARBV und die Anteile i. S. d. § 261 Abs. 1 Nr. 6 KAGB ergeben sich aus den dem Anhang beigefügten Anlagen.

Anlagenübersicht:

Anlagenbezeichnung	Anlagenziffer
Entwicklung des Anlagevermögens	Anlage 1
Vermögensaufstellung	Anlage 2
Verwendungsrechnung	Anlage 3
Entwicklungsrechnung	Anlage 4
Ausweis der Kapitalkonten	Anlage 5
Übersicht der durch die Gesellschaft gehaltenen Anteile	Anlage 6

**2.3 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**

Die Erträge aus Beteiligungen betragen im Jahr 2019 insgesamt EUR 21.502,33 (Vorjahr: EUR 35.979,18).

Die sonstigen betrieblichen Erträge bestehen aus:

	2019 EUR	2018 EUR
Gewinne aus Wertpapierveräußerungen	1.037,29	0,00
Agioerträge	126,00	4.400,44
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	88,45	909,95
Erträge aus Rücklastschriftgebühren	20,00	0,00
Summe	1.271,74	5.310,39

Die Verwahrstellenvergütung an die Depotbank CACEIS Bank S.A., Germany Branch, München, betrug EUR 8.211,00 (Vorjahr: EUR 8.211,00).

Die Prüfungs- und Veröffentlichungskosten enthalten im Wesentlichen Abschluss- und Prüfungskosten in Höhe von EUR 15.670,27 (Vorjahr: EUR 10.656,02).

Die sonstigen Aufwendungen bestehen aus:

	2019 EUR	2018 EUR
Verluste aus Wertpapierveräußerungen	47.461,13	17.660,00
Gewerbesteuernachzahlung für Vorjahre	32.375,00	17.990,00
Negativzinsen auf Bankguthaben	6.373,45	3.384,08
Nebenkosten des Geldverkehrs	1.479,53	1.218,50
Beiträge	453,86	150,00
Zinsaufwendungen	0,51	32,44
Summe	88.143,48	40.435,02

Im Geschäftsjahr 2019 sind die wesentlichen Erträge der Gesellschaft solche aus Veräußerungen in Höhe von EUR 272.233,07 (Vorjahr: EUR 1.038.420,39).

Sonstige Angaben

Der Nettoinventarwert des AIF und der Nettoinventarwert je Anteil i. S. d. § 25 Abs. 3 Nr. 5 und § 14 KARBV i. V. m. § 101 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 KAGB betragen:

	31.12.2019 EUR	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
Nettoinventarwert des AIF	6.468.263,48	6.647.884,60	6.604.542,22
Nettoinventarwert je Anteil	1,0735	1,1037	1,1100

Unter Berücksichtigung der ausgezahlten gewinnabhängigen Entnahmen ergeben sich folgende rechnerische Gesamtwerte (Nettoinventarwert zuzüglich gewinnabhängige Entnahmenzahlungen) je Anteil:

	31.12.2019 EUR	31.12.2018 EUR	31.12.2017 EUR
Gesamtwert je Anteil	1,2386	1,1143	1,1182

Die Gesamtkostenquote der an die Kapitalverwaltungsgesellschaft, an Gesellschafter der Kapitalverwaltungsgesellschaft oder der Fondsgesellschaft sowie an Dritte (Verwahrstelle und Vertriebsgesellschaft) gezahlten laufenden Kosten beläuft sich auf 2,38 % (Vorjahr: 2,24 %).

Die Gesamtkostenquote drückt sämtliche vom AIF im Berichtszeitraum getragenen Kosten (ohne Transaktions- und Emissionskosten) im Verhältnis zum durchschnittlichen Nettoinventarwert des AIF des laufenden Geschäftsjahres aus.

Die Transaktionskosten betragen im Geschäftsjahr 2019 insgesamt EUR 217,70 (Vorjahr: EUR 321,41).

Dem AIF wurden Verwaltungsvergütungen i. S. d. § 101 Abs. 2 Nr. 4 KAGB in Höhe von insgesamt EUR 123.559,43 (Vorjahr: EUR 124.928,53) berechnet.

Die KVG erhält keine Rückvergütungen der aus dem AIF an die Verwahrstelle und an Dritte geleisteten Vergütungen und Aufwendungserstattungen.

Bei der Gesellschaft bestehen keine Haftungsverhältnisse.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen gegenüber den Zielfonds aus noch nicht eingeforderten Einlagen sowie im Zusammenhang mit den bis zum Bilanzstichtag erhaltenen Rückflüssen, für welche die Möglichkeit besteht, dass Teilbeträge hiervon wieder eingefordert werden können (sog. Recallables), bestehen in Höhe von EUR 1.596.838,87 (Vorjahr: EUR 1.768.174,92).

Die Geschäftsführung obliegt der persönlich haftenden Gesellschafterin, RWB PrivateCapital Verwaltungs GmbH, Oberhaching. Ihr Stammkapital beträgt EUR 25.000,00. Sie ist nicht am Eigenkapital der Gesellschaft beteiligt und wird vertreten durch die Geschäftsführer Horst Güdel, Vorstand der RWB PrivateCapital Emissionshaus AG, und Norman Lemke, Vorstand der RWB PrivateCapital Emissionshaus AG. Seit der Auflösung der Gesellschaft mit Ablauf des 31.12.2018 wickelt die persönlich haftende Gesellschafterin als Liquidatorin das Gesellschaftsvermögen ab.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2019 keine Arbeitnehmer beschäftigt.

Oberhaching, den 27. Mai 2020

gez. Horst Güdel

gez. Norman Lemke

für die persönlich haftende Gesellschafterin und Liquidatorin RWB PrivateCapital Verwaltungs GmbH

Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2019

Beteiligungen	01.01.2019 EUR	Anschaffungskosten		31.12.2019 EUR
		Zugänge EUR	Abgänge EUR	
Beteiligungen	4.763.082,72	555.376,56	-344.470,53	4.973.988,75
Summe der Beteiligungen	4.763.082,72	555.376,56	-344.470,53	4.973.988,75
Beteiligungen	01.01.2019 EUR	Zeitwertänderungen		31.12.2019 EUR
		Zuschreibungen EUR	Abschreibungen EUR	
Beteiligungen	-628.293,56	618.109,94	0,00	-10.183,62
Summe der Beteiligungen	-628.293,56	618.109,94	0,00	-10.183,62



Beteiligungen	Verkehrswert	
	31.12.2019 EUR	31.12.2018 EUR
Beteiligungen	4.963.805,13	4.134.789,16
Summe der Beteiligungen	4.963.805,13	4.134.789,16

Sonstiges

VERMÖGENSAUFSTELLUNG zum 31. Dezember 2019

	Verkehrswert EUR	Anteil am Vermögen %
Beteiligungen		
Beteiligungen	4.963.805,13	76,74%
Wertpapiere		
Wertpapiere (in EUR geführt)	0,00	0,00%
Barmittel und Barmitteläquivalente		
Täglich verfügbare Bankguthaben	1.758.658,58	27,19%
Forderungen		
Andere Forderungen		
Forderungen aus Gewerbesteuerüberzahlungen	39.564,00	0,61%
Sonstige Vermögensgegenstände		
sonstige Vermögensgegenstände	0,00	0,00%
Rückstellungen		
Rückstellungen für Gewerbesteuer	-32.375,00	-0,50%
Rückstellungen für Sonstiges	-121.267,63	-1,88%
Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten	-12.900,00	-0,20%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
aus anderen Lieferungen und Leistungen		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-4.047,98	-0,06%
Sonstige Verbindlichkeiten		
Andere Verbindlichkeiten		
Sonstige Verbindlichkeiten	-123.173,62	-1,90%
Nettoinventarwert	6.468.263,48	100,00%

VERWENDUNGSRECHNUNG zum 31. Dezember 2019



	2019 Insgesamt EUR	2018 Insgesamt EUR
1. Realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres	59.112,43	902.623,00
2. Belastung auf Kapitalkonten	-59.112,43	-902.623,00
3. Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,00	0,00

ENTWICKLUNGSRECHNUNG zum 31. Dezember 2019

	Kommanditisten EUR
I. Wert des Kommanditkapitals am Beginn des Geschäftsjahres	6.647.884,60
1. Entnahmen für das Vorjahr	0,00
2. Zwischenentnahmen	-930.813,17
3. Mittelzufluss (netto)	
a) Mittelzuflüsse aus Gesellschaftereintritten	2.100,00
b) Mittelabflüsse wegen Gesellschafteraustritten	0,00
4. Realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres	59.112,43
5. Nicht realisiertes Ergebnis des Geschäftsjahres	689.979,62
II. Wert des Kommanditkapitals am Ende des Geschäftsjahres	6.468.263,48

Ausweis der Kapitalkonten zum 31. Dezember 2019

(gemäß § 8 des Gesellschaftsvertrages und § 25 Abs. 4 KARBV)

Entsprechend der Regelung des § 8 des Gesellschaftsvertrages lassen sich die Kapitalkonten der Komplementärin sowie der Kommanditisten in diesem Geschäftsjahr wie folgt darstellen:

		Komplementärin RWB PrivateCapital Verwaltungs GmbH	
Kapitalkonten	Kontobezeichnungen	31.12.2019 EUR	31.12.2018 EUR
Kapitalkonto I	Einlagenkonto	0,00	0,00
Kapitalkonto II	Gewinn- und Verlustausgleichskonto	0,00	0,00
Kapitalkonto III	Entnahmekonto	0,00	0,00
Summe der Kapitalkonten		0,00	0,00
		Kommanditisten RWB PrivateCapital Emissionshaus AG	
Kapitalkonten	Kontobezeichnungen	31.12.2019 EUR	31.12.2018 EUR
Kapitalkonto I	Einlagenkonto	10.000,00	10.000,00

		Kommanditisten			
		RWB PrivateCapital Emissionshaus AG			
Kapitalkonten	Kontobezeichnungen			31.12.2019	31.12.2018
				EUR	EUR
Kapitalkonto II	Gewinn- und Verlustausgleichskonto			-4.690,62	-4.816,76
Kapitalkonto III	Entnahmekonto			-293,41	-174,51
Summe der Kapitalkonten				5.015,97	5.008,73

		Kommanditisten			
		DMK Mittelstandskontor Beteiligungstreuhand GmbH		Treugeberkommanditisten	
Kapitalkonten	Kontobezeichnungen	31.12.2019	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2018
		EUR	EUR	EUR	EUR
Kapitalkonto I	Einlagenkonto	1.000,00	1.000,00	6.014.487,77	6.012.387,77
Kapitalkonto II	Gewinn- und Verlustausgleichskonto	-469,06	-481,67	1.452.999,34	1.394.025,66
Kapitalkonto III	Entnahmekonto	-29,34	-17,44	-994.557,58	-63.875,21
Summe der Kapitalkonten		501,60	500,89	6.472.929,53	7.342.538,22

Übersicht der durch die Gesellschaft gehaltenen Anteile zum 31. Dezember 2019

Firma	Rechtsform	Sitz	Zeichnungsdatum	Währung
DPE Deutschland II A GmbH & Co. KG	Kommanditgesellschaft	Deutschland	23.11.2012	EUR
Invision V Feeder L.P.	Kommanditgesellschaft	Jersey	19.07.2013	EUR
Odewald KMU II GmbH & Co. Beteiligungsgesellschaft für Vermögensanlagen KG	Kommanditgesellschaft	Deutschland	25.06.2015	EUR
Pinova GmbH & Co. Erste Beteiligungs KG *	Kommanditgesellschaft	Deutschland	19.12.2013	EUR

Firma	Gesamtfondsvolumen (in Mio.)	Kapitalzusagen (in Mio.)	Verkehrswert (in Mio. EUR)
DPE Deutschland II A GmbH & Co. KG	353,5	2,0	1,8
Invision V Feeder L.P.	285,0	2,0	1,5
Odewald KMU II GmbH & Co. Beteiligungsgesellschaft für Vermögensanlagen KG	200,0	1,0	0,6
Pinova GmbH & Co. Erste Beteiligungs KG *	117,0	2,5	1,0

* Sekundärmarkttransaktion

Versicherung der gesetzlichen Vertreter



Wir versichern, dass nach bestem Wissen der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und dass die wesentlichen Chancen und Risiken in Bezug auf die voraussichtliche Entwicklung beschrieben sind.

Oberhaching, den 27. Mai 2020

gez. Horst Güdel

gez. Norman Lemke

für die persönlich haftende Gesellschafterin und Liquidatorin RWB PrivateCapital Verwaltungs GmbH

Feststellung des Jahresabschlusses

Die Feststellung des Jahresabschlusses ist noch nicht erfolgt.

Vermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die RWB Special Market GmbH & Co. Germany III geschlossene Investment-KG i. L., Oberhaching

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der RWB Special Market GmbH & Co. Germany III geschlossene Investment-KG i. L., Oberhaching – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der RWB Special Market GmbH & Co. Germany III geschlossene Investment-KG i. L. für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für bestimmte Personengesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der Vorschriften des deutschen Kapitalanlagegesetzbuchs (KAGB) und den einschlägigen europäischen Verordnungen und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und

vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und den einschlägigen europäischen Verordnungen.

Gemäß § 159 Satz 1 i. V. m. § 136 KAGB i. V. m. § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 159 Satz 1 i. V. m. § 136 KAGB i. V. m. § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Vermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht



Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für bestimmte Personengesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der Vorschriften des deutschen KAGB und den einschlägigen europäischen Verordnungen in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften und den einschlägigen europäischen Verordnungen entspricht. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und einschlägigen europäischen Verordnungen zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften und den einschlägigen europäischen Verordnungen entspricht, sowie einen Vermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 159 Satz 1 i. V. m. § 136 KAGB i. V. m. § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

identifizieren und beurteilen wir die Risikenidentifizieren und beurteilen wir die Risikenidentifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Vermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Vermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten

Prüfungsurteil

Wir haben die ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten der RWB Special Market GmbH & Co. Germany III geschlossene Investment-KG i. L., Oberhaching, zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse erfolgte die Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß.



Grundlage für unser Prüfungsurteil

Wir haben die Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten in Übereinstimmung mit § 159 i. V. m. § 136 Abs. 2 KAGB unter Beachtung des International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised) „Assurance Engagements Other than Audits or Reviews of Historical Financial Information“ (Stand Dezember 2013) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten“ unseres Vermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit diesen Vorschriften als notwendig bestimmt haben, um die ordnungsgemäße Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten zu ermöglichen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten ordnungsgemäß ist, sowie einen Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zu der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine Übereinstimmung mit § 159 i. V. m. § 136 Abs. 2 KAGB unter Beachtung des International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised) „Assurance Engagements Other than Audits or Reviews of Historical Financial Information“ (Stand Dezember 2013) durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Zuweisung stets aufdeckt. Falsche Zuweisungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftiger Weise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage der ordnungsgemäßen Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten getroffene wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

identifizieren und beurteilen wir die Risikenidentifizieren und beurteilen wir die Risikenidentifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Zuweisungen von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Zuweisungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Zuweisungen bzw. das Außerkraftsetzen von Kontrollen beinhalten können.

beurteilen wir die Ordnungsmäßigkeit der Zuweisung von Gewinnen, Verlusten, Einlagen und Entnahmen zu den einzelnen Kapitalkonten unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der Prüfung des relevanten internen Kontrollsystems und von aussagebezogenen Prüfungshandlungen überwiegend auf Basis von Auswahlverfahren.

München, den 26. Juni 2020

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Ziegler, Wirtschaftsprüfer

gez. Bahadin, Wirtschaftsprüferin